

Kiel, 4. Juni 2020

PRESSEMITTEILUNG

Städteverband Schleswig-Holstein zum Finanzpaket des Koalitionsausschusses des Bundes:

Städteverband begrüßt die Unterstützung des Bundes für Handlungsfähigkeit und Investitionskraft der Kommunen

Zu den gestern im Koalitionsausschuss vereinbarten Maßnahmen für ein Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket erklärte der Vorsitzende des Städteverbandes und des Städtebundes Schleswig-Holstein, **Eckernfördes Bürgermeister Jörg Sibbel**: *„Der Bund hat erkannt, dass auch die Kommunen für ihre Handlungsfähigkeit schnell eine Perspektive für die Zukunft benötigen und Maßnahmen beschlossen, die wir begrüßen. Der Ausgleich von wegbrechenden Gewerbesteuer-einnahmen gibt den Städten und Gemeinden Planungssicherheit für die Kalkulation der Einnahmen und hat einen Stabilisierungseffekt. Es verbleiben bei den Städten und Gemeinden auf der Einnahmeseite weiterhin erhebliche Ausfälle, insbesondere bei dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und bei der künftigen Zuweisung im kommunalen Finanzausgleich.“*

Die Beschlüsse beinhalten u.a. auch eine stärkere Übernahme bei den Kosten der Unterkunft (SGB II) und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel im ÖPNV. *„Auch diese Vorschläge begrüßen wir, weil mit einer dauerhaft erhöhten Beteiligung des Bundes an den Soziallasten gerade auch strukturschwächeren Kommunen strukturell geholfen wird. Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel hilft, Verluste im ÖPNV teilweise auszugleichen,* erklärte der Vorsitzende des Städtetages Schleswig-Holstein, **Kiels Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer** und betonte, dass auch die investiven Programme helfen werden, dass die Städte ihrer Aufgabe als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung gerecht werden können. Dabei müsse aber auch darauf geachtet werden, dass die Kommunen in der Lage sind, die Programme abzurufen und ihren Eigenanteil zu leisten.

Mit dem Paket des Bundes ist die Krise aber noch nicht überwunden. *„Wir erwarten, dass auch das Land die Signale des Bundes aufgreift. Das Land ist und bleibt Garant für die Finanzausstattung der Kommunen. Zur Bewältigung der fiskalischen Folgen der Krise bedarf es weiterer Schritte, die wir gemeinsam mit dem Land gehen müssen“*, erklär-

ten die Vorsitzenden. Dies betreffe insbesondere eine Verständigung über den kommunalen Finanzausgleich und die verbleibenden corona-bedingten Belastungen, die immer noch viele kommunale Haushalte in erheblichem Maße belasten werden. Hierzu hat die gesamte kommunale Ebene in Schleswig-Holstein dem Land gemeinsame Vorschläge gemacht, wie wir gemeinsam den Weg durch und aus der Krise gehen können. Dazu gehört insbesondere eine Stabilisierung der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich und eine Verständigung, wie mit den Belastungen der kommunalen Haushalte in der Zukunft umzugehen ist. Da für den Moment keine Regelung zu Altschulden durch den Bund auf den Weg gebracht wurde, werden wir im Land Schleswig-Holstein weiterhin diejenigen Kommunen im Blick behalten müssen, die besondere strukturelle Lasten zu tragen haben, und hier Hilfestellung bieten müssen. „Wir erwarten, dass das Land sich zügig mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart und Planungssicherheit schafft“, so die Vorsitzenden abschließend.

Verantwortlich: Marc Ziertmann
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städteverbandes Schleswig-Holstein